

# Sozialistisch \* Antifaschistisch \* International

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 76

# Regierung lügt! Haider auch! Nein zum Euro

Wie schon bei seinem taktischen Schwenk vom einstmaligen massiven EU-Beitrittsbefürworter zum EU-Gegner, so nützt Haider auch jetzt ein Volksbegehren für eine Volksabstimmung über die Teilnahme Österreichs an der Währungsunion für seinen Weg zur Regierungsbeteiligung. Es geht dabei nicht um Schilling kontra Euro oder etwa um die Sehnsucht der FPÖ nach direkter Demokratie, sondern um den Weg der FPÖ zur Macht im Staate.

von David Mum,

Haider nützt alle Chancen, die sich ihm bieten, um sich den Weg zum Bundeskanzler zu ebnen. Aber leichter als beim angekündigten "Anti-Euro"-Volksbegehren hätte es die FPÖ nicht haben können. Hier kann Die Arroganz der Regierung sie nur gewinnen. Haider wird klarerweise die Propagandalügen der Regierung vor dem EU-Beitritt anprangern und jetzt den demokratiepolitischen Saubermann spielen, der als einziger das Volk noch einmal abstimmen lassen will.

# FPÖ nimmt nicht Stellung

Selbst Stellung nehmen muß die FPÖ nicht, die Teilnahme Österreichs an der Währungsunion ist, falls sie überhaupt zustandekommt, so gut wie sicher. Deswegen nützt das Volksbegehren gar nichts, da es die Bundesregierung zu keiner Volksabstimmung zwingen kann. Ein Volksbegehren muß nur, wenn es von über 100.000 ÖsterreicherInnen unterzeichnet wird, im Parlament behandelt, d.h. diskutiert werden. Beschließen kann das Parlament danach aber, was es will. Die FPÖ ist ja nicht prinzipiell

gegen die Teilnahme Österreichs an der Währungsunion, Haider war zuletzt für eine Verschiebung. Der Papierindustrielle und FP-Wirtschaftssprecher, Prinzhorn, äußert sich bis zuletzt noch klar für die frühestmögliche Teilnahme Österreichs:

Verlagspostamt

Erscheinungsort: Wien,

bin dagegen, wie ein Rumpelstilzchen gegen den Euro zu sein. Wenn wichtige Handelspartner wie Italien und Deutschland drinnen sind, wird Österreich nolens volens auch mitmachen müssen." Nun wurde er aber noch auf Parteilinie gebracht.

Die Regierungsparteien geben jetzt von sich, daß dieses Volksgbegehren sinnnlos sei, da mit der Abstimmung über den EU-Beitritt die Entscheidung über die Teilnahme Österreichs am Euro bereits gefallen ist. Eine bessere Werbung hätte der FPÖ nicht passieren können. Heute zu sagen, damals sei sowieso schon über die Teilnahme an der Währungsunion abgestimmt worden, ist eine bodenlose Frechheit

Die Bevölkerung hat nach jahrelangen Indoktrinierung für den EU-Beitritt gestimmt, weil ihr viel versprochen wurde: höheres Wirtschaftswachstum, Sicherung der Arbeitsplätze, keine neuen Steuern und Belastungen, Stärkung der Kaufkraft (Ederer-1000er). Es trat überall das Gegenteil ein. Dazu hat die Regierung noch kein Wort verloren. Von der von der SPÖ versproche-

nen Stärkung der "sozialen Dimension" Europas ist seit dem Beitritt auch gehört worden. Die Berücksichtigung der Schaffung zusätzlicher Beschäftigung, die beim EU-Gipfel in Amsterdam vereinbart wurde, ist reine Augenauswischerei, wie zahlreiche Ankündigungen davor. Dafür wurden keinerlei Geldmittel bereitgestellt, es handelt sich wieder einmal um Lippenbekenntnisse, die das Papier nicht wert sind, auf das sie gedruckt sind.

Der ÖGB unterstützt zwar derzeit keine Werbung für den Euro, hat sich aber zu keiner Position durchgerungen. Richard Leutner, Sekretär des ÖGB, formuliert die etwas paradoxe Haltung folgendermaßen: "Prinzipiell sind wir für den Euro, weil er für die Wirtschaft gut ist." Andererseits: "Die Akzeptanz des Euro entscheidet sich am Arbeitsmarkt." (Standard 23/24.8) Daß infolge der Vorbereitungen auf die Währungsunion EU-weit in den letzten 5 Jahren 5 Mio. Arbeitsplätze vernichtet wurden und die Arbeitslosigkeit weiter steigt, dürfte die Entscheidung nicht schwer machen. Die Linie einer Gewerkschaft sollte sein: "Prinzipiell sind wir gegen den Euro, weil er schlecht für die ArbeitnehmerInnen ist." In der Positionierung wird sich der ÖGB entscheiden, ob es ihm wichtiger ist, daß es der Wirtschaft oder den ArbeiterInnen gut geht, ein sowohl als auch gibt es nicht.

Entweder will man eine harte Währung, keine Staatsverschuldung und sonstige neoliberale Dogmen erfüllen oder man will die Arbeitslosigkeit abbauen. Währungs- und Beschäftigungsunion gleichzeitig sind nicht realisierbar. Bleibt zu hoffen, daß die ÖGB-Führung das im Herbst, wenn sie ihre Entscheidung fällen wird, auch begriffen hat.

### Die Schwäche von Grünen und der Linken

Sowohl Grüne als auch KPÖ fordern offiziell eine Volksabstimmung über die Teilnahme an der Währungsunion. Aber die Initiative dafür haben sie bislang nicht ergriffen, und das, obwohl im Frühjahr 1998 die Entscheidung über die Teilnehmerstaaten an der Union und die Fixierung der Wechselkurse erfolgt. Diese Chance hat jetzt die FPÖ genutzt. Hinzugefügt werden muß, daß auch die KPÖ bei ihrer Kritik an der asozialen Währungsunion als Alternative einen "anderen (österreichischen) Weg" der Verteidigung des Schilling eingeschlagen hat.

Die Währungsunion führte schon in der Vorbereitung durch die Sparpolitik zu einem Ansteigen der Arbeitslosigkeit und zur Verarmung der Bevölkerung. Durch den Stabilitätspakt, der weiterhin die zulässige Neuverschuldung auf 3 % des Bruttoinlandsprodukts begrenzt, wird dieser asoziale Kurs in der Währungsunion zementiert. Eine authentisch linke Position kann daher nur gegen diese Währungsunion sein.

Aufgabe der Linken war und ist es, eine Ablehnung des Projektes der Währungsunion mit einer internationalistischen, klassenkämpferischen Alternative zu bekämpfen. Ansatzpunkte gab es EU-weit schon: die "Anti-Maastricht"-Streikbewegung in Frankreich Ende 1995, der grenzüberschreitende französisch-belgische Streik der Renault-ArbeiterInnen, der "Euromarsch", bei dem im Juni 50.000 Menschen aus ganz Europa in Amsterdam gegen die Politik der EU demonstrierten.

### Opposition nicht der FPÖ überlassen

In Österreich droht jetzt aber wieder einmal, daß die Haider-FPÖ die Oppositionsrolle monopolisiert. Die Linke darf davor aber nicht zurückweichen und auf keinen Fall die Opposition gegen die neoliberale Währungsunion den rechtsnationalistischen "Schillingverteidigern" der FPÖ überlassen. Es geht nicht um den Namen der Währung oder den österreichischen Schilling, sondern um die Logik, nach der die Währungsunion konstruiert ist: Sparpolitik als "Verfassungsgrundsatz" und Schwächung der Position der ArbeitnehmerInnen, die im Namen der "Wettbewerbsfähigkeit" noch mehr an die Wand gedrückt werden.

Das Volksbegehren muß, da es nur der innenpolitischen Stärkung der FPÖ dient, bekämpft werden. Den Kampf gegen das kapitalistische Maastricht-EUropa aber müssen wir aktiv durch Protest auf der Straße-Streiks und Demos weiterführen!



Post Wie sicher sind die Pensionen?

Kuba

InfoLine: ① 0222 / 524 63 10 \* Fax 524 63 11

# Der Standpunkt

# **Lugner for President?**

Richard Lugner hatte Imageprobleme. Jene Journalisten, die ihn Jahre zu vor als "Self-Made-Man" mit Hang zu Seitenblicken aufgebaut hatten, ließen ihn ordentlich fallen. "Es ist schön in Wien zu sein und nicht von Lugner eingeladen worden zu sein" brachte der "Bulle von Tölz", Ottfried Fischer, die Lugnerkrise auf den Punkt. Da half kein Opernball mehr - Lugner war out. Der Versuch auf der Box- Michael Gehmacher Welle hinaufzuschwimmen, scheitertete gleich



beim ersten Event in der Lugner City - allerdings an Harry Geyer. Der Möchtegern-Boxweltmeister mußte unter BUH-Rufen den Ring verlassen. Ein Schicksal, das sich Lugner ersparen wollte und seine Präsidenten-Offensive startete. Lugner hat Dank NEWS & Co die PR, die seine Lugner City braucht.

"Als ehemaliger Bauarbeiter wähle ich Lugner", meinte kürzlich ein langjähriger Linker. Damit wahr klar, daß die Lugner Geschichte den Sommergag -Rahmen verlassen hatte. In einigen Gespräche stellte sich tatsächlich heraus, daß. viele Linke überlegen, Lugner unter dem Motto zu wählen: "Weils eh scho wurscht is" Ein unsinniger Fatalismus! Denn das Präsidentenamt ist absolut politisch, was auch die SPÖ eigentlich aus ihrer eigenen Geschichte gelernt haben sollte: 1929 setzten die Christlich-Sozialen unter heftigem Widerstand der SDAP eine Ausweitung der Rechte des Bundespräsidenten durch. Insbesonders das Recht, die Regierung zu entlassen, war ein wichtiger Schritt in Richtung Austrofaschismus. Die Macht des Präsidenten war schon einmal richtungseintscheidend: als Bundespräsident Jonas 1970 Kreisky mit der Bildung einer Minderheitsregierung beauftragte

Sicher - die Wahrscheinlichkeit, daß die SPÖ die Präsidentenwahlen verliert, ist groß. Die SPÖ ist wiedereinmal dabei, aus Angst vor dem Tod gleich Selbstmord zubegehen. Denn gemeinsam mit FPÖ und ÖVP für Klestil zu sein, wäre eine politische Integration der FPÖ. Stellt die FPÖ einen eigenen Kanditaten auf, so müßte Klestil ziemlich sicher in eine Stichwahl gehen. Da aber weder Lugner noch ein Kanditat der Liberalen oder Grünen den FPÖ-Kanditaten überflügeln könnte, hieße das Match im zweiten Wahlgang: freiheitlicher Kanditat gegen den von "Einheitspartei SPÖVP" - eine Super-Profilierungsmöglichkeit für Haider. Der Verzicht

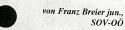
auf eine eigenen Kanditaten kann also ohne Übertreibung als Selbstmord der stärksten Partei des Landes bezeichnet werden.

Mit Eva Rossmann als grüner Kandidatin wird es wohl doch nichts werden. Im Moment ist eher Barbara Coudenhove-Callergi im Gespräch. Deshalb sollte die Linke eine eigene Kandidatin aufstellen. Denn nicht zuletzt wird es auch vielen "eingefleischten" Sozialdemokraten schwerfallen, dem NATO-Befürworter Klestil aus Parteidisziplin die Stimme zu geben.

# Wahlen in Oberösterreich

# Wels: Wählt den aktiven Widerstand

Im September werden in Oberösterreich anläßlich der Landtagsund Gemeinderatswahlen die üblichen langweiligen Plakate kleben, Werbungen verteilt und Wahlveranstaltungen stattfinden. Nur in Wels, wo sich die SOV aktiv in diesen Wahlkampf einbringt, verspricht der September interessant zu werden. Denn unser Motto ist: Wählt den aktiven Widerstand!



Diese Wahlen haben durchaus auch bundespolitische Bedeutung. Die Schüssel-ÖVP, von Spannungen zwischen den diversen Lobbies und Ländern zerrissen, hält im OÖ-Landtag bisher die Mehrheit.

Die SPÖ, sich an die FPÖ um Burschenschafter Achatz anbiedernd, kann sich schon glücklich schätzen, wenn sie nicht zuviel verliert. Der 5. Oktober kann Auftakt einer Reihe von weiteren Niederlagen für sie sein. Vor allem in Wels kann die FPÖ aufgrund der SPÖ-Politik mit saftigen Zuwächsen rechnen. Ihr Druck auf die SP-OÖ unter Hochmair wird wachsen. In manchen Gegenden, so z.B. in einigen Welser Stadtteilen, ist es wahrscheinlich, đaß sie stärkste Partei wird! Die Grünen werden im Hintergrund bleiben, das LIF wird trotz Internet-Werbung den Einzug in den Landtag wahrscheinlich nicht schaffen. Einzig die KPÖ bringt linke Standpunkte vor, ohne jedoch effizient wahlzukämpfen oder praktisch und theoretisch für ernsthafte Bündnisse mit anderen Organisationen bereit zu sein. Außerdem setzt ihre wirre Euro-Hysterie-Kampagne der FPÖ-Propaganda nicht wirklich etwas von links entgegen.

# Wels: rechter Sumpf

In Wels kommt zu den "normalen" Problemen noch der "Bre-Faktor": Die SPÖ ist noch "unwählbarer" wegen des rechtsextremen Bürgermeisters Bregartner (Stammtisch-Affaire mit Nazi-Unternehmer, siehe letztes Vorwärts) und dem Fehlen jeglicher inneren Opposition gegen seine Clique. Die FPÖ setzt wieder voll auf Rassismus und will ca. 3000 AusländerInnen aus Wels jagen. Ein führender FPÖler meinte, sie werden "das Ausländerproblem ansprechen auch auf die Gefahr hin, Ausländerfeindlichkeit zu schüren". Dazu noch eine rechte Splittergruppe rund um einen Millionär namens "Welse(r)". die mit Vorschlägen wie "Elektrischer Zaun für Illegale" Stimmung machen. Die Grünen sind farblos und betreiben kaum oppositionelle Politik. Die KPÖ, die Gespräche zu einem Bündnis (Linke Liste gegen Bregartner) scheitern ließ, wird leider als einzige linke wahlwerbende Partei mit einem routinemäßigen Wahlkampf unbeachtet bleiben.



Die allgemeine Lage in Wels wird noch verschärft:

- durch eine Großpleite im Textilbereich (edoo), von der 480 ArbeiterIn-



Bre:Wir durchkreuzen seine Pläne

nen direkt betroffen sind (davon 70% ausländische KollegInnen),

- durch einen Nazi-Brandanschlag im Mai, bei dem ein Familienvater starb und zu dem die Stadt schwieg, durch die triste Lage Jugendlicher (weit über 10% Arbeitslosigkeit, schlechte städtische Infrastruktur) durch das Gerücht von geplanten 7 Millionen (!) für den deutschnatio-

nalen ÖTB (Österreichischer Turnerbund) seitens der Stadt!

Für uns gibt es, obwohl wir nicht kandidieren, viel zu tun: Bregartner & Co, Rassismus und Jugend sind dabei die Hauptbereiche. Wir werden uns von SPÖFVP... unterscheiden - in den Forderungen ebenso wie in unseren Aktivitäten. Wir wollen neue aktive Mitglieder gewinnen und als sozialistische Kraft wahrgenommen werden. Mach mit im SOV-Wahlkampfteam, komm zu unseren (wöchentlichen) Wahlkampftreffen und -aktionen in Wels. Ruf an, wenn Du Näheres wissen willst, und wähl den aktiven Widerstand!

# Skandal um Kernstockstraße in Wr.Neustadt

# Braune Flecken in NÖ

4 Jahre nach dem Skandal um die Bilder (nazi-)faschistischer Bürgermeister in der Ehrengalerie des Wr. Neustädter Rathauses gibt es wieder Aufregung über ein Relikt aus der braunen Vergangenheit - die Kernstockstraße!



von Martin Birkner, SOV-Wr. Neustadt

Linke Organisationen - darunter die SOV - fordern die Umbenennung der Kernstockstraße in Kasteinerstraße (Franz Kasteiner war ein Wr. Neustädter Antifaschist, Spanienkämpfer und Internationalist, der von den Nazis ermordet wurde). 1993 versuchte die Sozialdemokratie noch den - von Vorwärts- und JRE-AktivistInnen erkämpften - Erfolg der "Entfernung der Schandflecken" auf ihre Fahnen zu heften. Nun läßt sie in trauter Einigkeit mit FPÖ & ÖVP verlauten: "Kernstockstraße bleibt Kernstockstraße" (O-Ton SP-Bürgermeisterin Dierdorf). Die Parallelen zur Welser SPÖ und ihrem Rechtsaußen-Bürgermeister Bregartner sind unübersehbar. Dort aber wird die Kernstockstraße nun umbenannt. Die ÖVP wiederum sieht in Kernstock keinen Faschisten, sondern einen Patrioten, der sich durch

r, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozia ffensive Vorwärts, 7; Kaiserstr. 14/11 ackerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23 es- und Verlagsort: Wien



Weg damit!

"besondere Heimatliebe" auszeichnete. Die "Heimatliebe" des deutschnationalen Priesters und Dichters artikulierte sich u.a. in offenem Rasissmus. Außerdem war Kernstock Autor des "Hakenkreuzliedes". Das war damals sogar den Christlichsozialen, den späteren Austrofaschisten, zuviel, und sie distanzierten sich von Kernstock. Das hat die "demokratische" ÖVP heute offenbar nicht mehr nötig.

Die SOV führt gemeinsam mit anderen Organisationen Veranstaltungen und Aktionen für die Umbenennung durch.

Protestfaxe und -briefe an: Bürgermeisterin Traude Dierdorf Hauptplatz 1 2700 Wr. Neustadt Fax: 02622 / 23 531 - 498

# Haider holt sich neoliberale Tips aus den USA

# Back to the USA

Während andere Politiker sich die Sonne auf den Bauch scheinen lassen, strebert Jörg Haider in einem Havard-Budgetkurs. Ziel: staatsmännisch zu wirken, um 1999 das Zeug zum Bundeskanzler zu haben.



von Katja Arthofer, SOV Wien Ost

Haider hat es also als einziger geschafft, das Sommerloch für sich zu nutzen. Während die Zukunftssorgen der Österreicher wachsen (Stichworte Arbeitslosigkeit, Pensionen, Euro) und die Regierung urlaubt, plazieren Haider & Co in allen Medien ihre Phrasen.

Mit Sprüchen wie, "die Braven und Fleißigen haben ihr Leben lang gearbeitet - und jetzt nimmt man ihnen auch noch ihre Pensionen weg", will die FPÖ sich wieder einmal zur Beschützerin "der kleinen Leute und sozial Schwachen" (Riess) aufschwingen. Doch noch von Boston aus zeigte Haider sein wahres - und einzig und allein unternehmerfreundliches - Gesicht:

ZB. sagt er, habe er viel von Allan Schick gelernt, jenem Mann, der "in Neuseeland den Sozialstaat komplett umgebaut hat." Der "Umbau" sah folgender Maßen aus: absolute Demontage des Sozialsystems, totale Privatisierung, Massenentlassung, Kürzung von Sozialleistungen usw.

Außerdem läßt Haider via "täglich Alles" ausrichten, daß er Arbeitslose nur 6 Monate unterstützen würde. Wenn ein Arbeitsloser nichts findet, "dann hat er eben Pech gehabt". Im Moment kommen auf eine offene Stelle 10 Arbeitslose (Stand Ende Juli 1997)... Und die großen Beschützer unserer PensionistInnen fordern selbst ein System, daß vor allem für sozial Schwache enorme Einbußen bedeuten würde (siehe Artikel auf der Mittelseite).

## SOV - brandneue Anti-FPÖ-Broschüre

"Wen vertritt die FPÖ wirklich - Ist die FPÖ die neue Arbeiterpartei?", ist der Titel der aktuellen VOR-WÄRTS-Broschüre. Und diese Broschüre behandelt das Thema anders. als das in den bisherigen Publikationen (zB Scharsach "Haiders Kampf") der Fall war. Anstatt Haider und die FPÖ als "Phänomen" zu sehen und sie vor allem psychologisch und moralisch erklären zu wollen, analysieren wir die realpolitischen Ursachen für das Erstarken



Das Fähnchen wechsel...

und die anhaltenden Erfolge der FPÖ (Regierungspolitik, Vakuum auf der Linken,...) Untersucht wird die Verankerung der FPÖ in der ArbeiterInnenklasse und die Drohung einer eigenen FPÖ-Gewerkschaft. Und anstatt nur zu analysieren, ist unser Conclusio der absolut notwendige Kampf gegen die FPÖ.

Ab jetzt bei bestellen: WEN VERTRITT DIE FPÖ WIRKLICH - IST DIE FPÖ DIE NEUE ARBEITERPARTEI?

72 Seiten um öS 55,- inkl. Porto (Entweder auf unser Konto PSK 8812.733 überweisen und Bestätigung beilegen oder in bar bzw. in Briefmarken mitsenden).

ÖVP startet neuen Angriff auf die Post

# Wer stoppt die Zerschlagung der Post?

Ein "Gemischtwarenladen" sei nicht privatisierbar, so meldete sich Mitte Juli Wirtschaftsminister Farnleitner zu Wort. Die Post sollte eigentlich 1998 als einheitliches Unternehmen (Gelbe Post, Postautodienst und Telekommunikation) an die Börse - so war die bisherige Regierungslinie.

von Michael Gehmacher, SOV Gewerkschaftssprecher

Nun will die ÖVP allerdings wieder die Telekom als eigene Aktiengesellschaft an die Börse bringen (wie die FPÖ). Einzig der ehemalige ÖVP-Wirtschaftsminister Ditz, heute Vorstandsdirektor der Post-Telekommunikation-Austria (PTA), will die

hen privatisieren.

Entzündet hat sich der Streit um die von der PTA-AG geplanten "Frühpensionierungen": Postbedienstete über 60 (bzw. 55) Jahren sollten mit 80 % des Letztbezuges karenziert werden und erst mit Pen-

Post wie ursprünglich vorgese-

sionsantrittsalter in die Pension wechseln. Zufrieden war die ÖVP mit der Koalitionslinie nie, paßte sich aber den SPÖ-Plänen an. Heute ist die SPÖ angeblich auf Farnleitner-Linie. Die Regierung hatte bei

der Post

die letzten

Jahre

dentlich abgeräumt: Gewinne aus der Telekommunikation wurden ständig entnommen
und für das Budget verwendet. So war die Post gezwungen,
Kredite aufzunehmen, um Gehälter
bezahlen zu können und in die
Brief- und Paketpost zu investieren.
Bereits 1992 betrug die Zinslast
davon öS 5,2 Milliarden und stieg
jährlich weiter an. Außerdem konn-

te die Post keine eigene Tarifpolitik machen. So häufte sich ein Schuldenberg von über öS 100 Milliarden an. Ende 1995 kam es zum "Bundesgesetz über die Entwicklung und Aufgaben der PTA" - kurz Poststruktur-Gesetz genannt. Demnach übernimmt Vermögen und Schulden der Post eine eigene "Post- und Fernmeldeinvestitionsfinanzierungsgesellschaft" (PFIG). Sie verwaltet die Anteilsrechte des Bundes und untersteht dem Verkehrsministerium. Die PTA soll als Tochtergesellschaft des Bundes teilweise privatisiert werden. Die Gewinne aus der Telekom bleiben in der PTA, die Schulden größtenteils der PFIG!

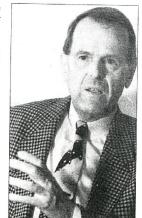
## Privatisierung = Kürzungen

Bei einer Privatisierung kommen die Postbediensteten unter den Druck der Aktionäre, die für hohe Dividenden rasch Kündigungen und Abbau von Sozialleistungen durchziehen wollen. Druck erzeugt auch die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes durch die EU. Die Post gerät unter den Druck privater Netzanbieter (MAX-Mobil, Tele-Ring und andere). Die versprochene Senkung der Telephongebüren ist in keinem Land mit privater Post eingetreten.

Die jetzige Absicht der ÖVP ist relativ klar: Man will SPÖ und Postgewerkschaft in die Enge treiben: Entweder eine eigenständige Privatisierung der Telekommunikation und den Verbleib der Altlasten bei der gelben Post. Oder die 10.000 Stellen werden ohne eine Garantie auf 80 % des Letzibezuges abgebaut - es käme also zu einer Kündigungswelle!

# Was tut die Postgewerkschaft?

Bei einer Unterschriftenlisten-Aktion der Postgewerkschaft sprachen sich 1994 750.000 Menschen gegen eine Post-Privatisierung aus. Im Februar 1996 kam es wegen des Beamtensparpaketes und der Personalabbaupläne zu Unmut unter den Postbediensteten. Die Postgewerkschaft beschloß, einen Aktionstag in Wien abzuhalten. Dieser wurde aber am Abend davor wieder abgesagt, nachdem die Bundesregierung Verhandlungsbereitschaft signalisiert hatte. Als diese Seifenblase aber zerplatzte, verweigerte die FSG in der oberösterreichischen Post die Teilnahme am Maiaufmarsch 1996,



Sintelka legte Basis für Angriffe

was die SPÖ aber wenig kümmerte. Die Verteidigung der Post muß jetzt beginnen:

Kampf gegen jeden Stellenabbau
 Gegen Trennung von Briefpost,
 Telekommunikiation und Postbus!

 Betriebs- und Dienststellenversammlungen, um alle Kolleginnen und Kollegen zu informieren.

Nimmt die Regierung ihre Pläne nicht zurück, muß zu Kampfmaßnahmen wie Demonstrationen und Streiks gegriffen werden!

Lehrstellenmangel

# **Jugend ohne Zukunft?**

Die Jugendbewegung der Punks in den 70iger Jahren klebte sich selbst den Nimbus der NO FUTURE-Generation an. Die heutige Jugend braucht das gar nicht mehr zu tun, denn darum, daß sie keine Zukunst mehr hat, kümmern sich bereits andere. Da sind die Unternehmer, die Hand in Hand mit Politikern aller Schattierungen den Bildungsbereich zusammenkürzen. So wird bereits an Modellen herumgebastelt, bei denen sich nur mehr eine Elite leisten kann, gute Bildung und Ausbildung zu bekommen.

von Ali Kropf, SOV-Wien Süd

Die Wirtschaft nützt das permanente Zurückweichen der Gewerkschaft zu einem neuerlichen Angriff auf die Lehrausbildung. Mit der Reduktion der Lehrstellen und damit dem Abdrängen von Jugendlichen in die Arbeits- bzw. Perspektivlosigkeit, versucht sie, die Gewerkschaft und die Regierung zu neuen Zugeständnissen zu erpressen. Wirtschaftskammer-Präsident Maderthaner will die Streichung der Lehrlingsentschädigung für die Dauer der Berufsschulzeit. Nun weiß aber jeder, der die Berufsschule im Block, das bedeutet pro Jahr 2 Monate anstatt einmal wöchentlich, besucht hat, daß das Lehrlingsgehalt oftmals nicht einmal ausreicht, um die Internatskosten zu decken. Zwar ist der Betrieb verpflichtet, die Differenz zwischen Lehrlingsentschädigung und Internatskosten zu bezahlen, nur bleibt dann noch die Frage offen, wovon man die zwei Monate leben oder die Fahrtkosten nach Hause bezahlen soll. Nach den Plänen der Unternehmer soll das AMS die Kosten der Lehrlingsentschädigung für die Dauer der Berufsschulzeit übernehmen. Das bedeutet ein weiteres Abputzen der Unternehmer und eine Umverteilung von unten nach oben, denn mit den Beiträgen der Beschäftigten sollen die Lehrlinge bezahlt werden.

Aber damit noch nicht genug sollen die Arbeitsschutzbestimmungen für Lehrlinge weiter aufgeweicht werden. So droht Erich Lemler, Bundessektionsobmann für Handel in der Wirtschaftskammer, bereits: "Wenn das Jugendbeschäftigungsgesetz nicht geändert wird, muß man damit rechnen, daß viele Betriebe Dienstverhältnisse nach dem Ende der Probezeit auslaufen lassen". Das würde bedeuten, daß viele der rund 3000 seit dem heurigen Schul-ende eingestellten Handelslehrlinge im September wieder auf die Straße gesetzt werden. Was diese Jugendlichen dann machen sollen, weiß keiner, denn nach einer Studie des AMS werden heuer im September ohnedies bereits rund 12.000 Jugendliche ohne Lehrstelle dastehen. Die Regierung präsentiert in bereits regelmäßigen Abständen "Lehrlingspakete", die aber bis auf weitere Begünstigungen für Betriebe, die noch Lehrlinge ausbilden und moralische Appelle an die Wirtschaft nichts beinhalten. Geändert hat sich aber an der tristen Situation für Jugendliche, die einen Lehrplatz suchen, bis dato nichts. Nun hat sich Bundeskanzler Klima selbst in das Schaufenster gesetzt, indem er jedem Jugendlichen, der keinen Lehrplatz findet, eine Stelle in überbetrieblichen Lehrwerkstätten verspricht. Was davon zu halten ist, wird sich zeigen, Illusionen haben wir in dieses Versprechen jedenfalls



keine, das auffällig an die Pensionsversprechen von Altkanzler Vranitzky erinnert.

Die Schaffung von überbetrieblichen Lehrwerkstätten wäre sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, da man in den wenigsten Fällen von einer wirklichen "Ausbildung" in den Betrieben sprechen kann. Der Haken an Klimas Versprechen ist aber, daß die Unternehmer aus der Verantwortung genommen werden, die Kosten für die Berufsausbildung mitzutragen. Daher treten wir für überbetriebliche Lehrwerkstätten ein, die durch eine "Ausbildungssteuer" in der Höhe von 2% der betrieblichen Wertschöpfung finanziert werden.

Die Gewerkschaftsjugend soll die aktuelle Diskussion um den Lehrstellenmangel dazu benutzen das Thema Berufsausbildung, die schlechte soziale Situation der Lehrlinge in die Öffentlichkeit zu bringen. Presseaussendungen sind dazu zu wenig.

Interview mit einem Koch-Keliner-Lehrling

# Heißes Wasser und Stange auf den Kopf...

Über die Situation von Lehrlingen führte VORWÄRTS ein Gespräch mit einem Koch-Kellner-Lehrling (KKL), der Stv.Jugendvertrauensrat in einem Gastronomiebetrieb ist.

Vorwärts: Wie ist die Situation für Lehrlinge in Deinem Betrieb?

KKL: Sie ist in den verschiedenen Bereichen sehr unterschiedlich. Im "Gourmet" z.B. kann man schon etwas lernen. Wenn man aber wie ich in den letzten Monaten das Pech hat, im Bereich "Catering" arbeiten zu müssen, ist die Ausbildung sehr schlecht, und du lernst vor allem eines: zu "ducken". Das fängt mit permanenten Beschimpfungen an und hört bei körperlichen Züchtigungen auf. Mir z.B. wurde mit einer Stange auf den Kopf geschlagen, und ich wurde vom Küchenchef absichtlich gestoßen, als ich einen Behälter mit brühend heißem Wasser trug.

V: Was hältst Du vom Slogan "Karriere mit Lehre"?

KKL: Bei uns im Betrieb nicht viel: Die meisten wollen aufgrund der Arbeitsbedingungen sowieso weg. Wir müssen z.B. unbezahlte Überstunden machen, für die wir "irgendwann einmal" einen Zeitausgleich bekommen. Einige werden nach abgeschlossener Lehre hinausgeworfen, um sie durch billigere Lehrlinge zu ersetzen. Die dritte Möglichkeit ist wenn du schön brav warst -, im Betrieb zu bleiben.

V: Und wie sieht die Situation in der Berufsschule (BS) aus?

KKL: Wir haben nicht ein mal in der Woche Schule, sondern "Blockunterricht". Ich werde ein mal im Jahr 10 Wochen im tiefsten Niederösterreich kaserniert. Der Tagesablauf ist durchgeplant wie beim Heer. Bei Übertretungen bekommt man einen "schwarzen Punkt", hast du drei, fliegst Du.

V: Bundeskanzler Klima verspricht jetzt, daß alle Schulabgänger im Herbst einen Ausbildungsplatz finden werden...

KKL: Das ist zwar ein schöner Traum, aber bei der jetzigen Situation absolut unrealistisch. Aber abgesehen davon würden neue Lehrstellen auch nichts verbessern, wenn sie so sind wie die jetzigen. Die Berufsausbildung sollte ganz anders sein: Bessere Bezahlung, keine Ausbeutung im Betrieb, mehr Ausbildung in der BS, z.B. einen zweiten BS-Tag. Und sie sollte unabhängig von den einzelnen Unternehmern sein, damit alle wirklich was lernen, z.B. in überbetrieblichen Stellen.

V: Danke für das Interview.

Nach den "Spar"-Paketen folgt nun der Angriff auf die Pensionen

# Sichere Pensionen

Durch die "Pensionsreform" sind das Pensionssystem und dessen Grundsätze ins Zentrum des politischen Interesses gerückt. Die angebliche Notwendigkeit, Pensionen zu kürzen bzw. den Pensionsaufwand zu senken, wird dabei immer als Faktum unterstellt. Daß es sich dabei allerdings um eine Verdrehung der Tatsachen handelt, soll in diesem Artikel gezeigt werden.

David Mum, SOV-Wien/NÖ sche Sozialversicherung?

Weder der "Sozialstaat" noch das "Pensionssystem" als solche sind in einer Krise, sondern die kapitalistische Marktwirtschaft. Die Ursache für die Finanzierungsprobleme des Sozialstaates sind nicht eine generelle "Unfinanzierbarkeit" und die "Überalterung", sondern Rekordarbeitslosigkeit und stagnierende bzw. sinkende Reallöhne sowie der Versuch der Kapitalisten, sich gänzlich vor der Beitrags- und der Steuerzahlung zu drücken. Da die Beiträge am Lohn/Gehalt ansetzen, sind die sozialstaatlichen Einrichtungen dann leistungsfähig, wenn einerseits die Beschäftigung hoch und die Arbeitslosigkeit niedrig ist und andererseits die Reallöhne steigen. Wieviel der "zuschießt", und wo er das Geld dafür hernimmt, ist eine politische Frage. V.a. durch die Rückgänge bei den Steuereinnahmen im Unternehmensbereich entsteht eine Finanzierungslücke. Hier müssen Lösungen ansetzen und nicht bei Kürzungen der Leistungen.

von Michael Gehmacher und Wie funktioniert die österreichi-

Eine Sozialversicherung unterscheidet sich von Privatversicherungen dadurch, daß sich die Beiträge nicht an der individuellen Risikowahrscheinlichkeit orientieren und auch die Versicherungsleistungen nicht streng beitragsorientiert sind. Die Leistungen beruhen auf einem Rechtsanspruch und sind nach Art und Höhe normiert. Während eine Privatversicherung ablehnen kann, jemanden zu versichern, weil er/sie z.B. eine Krankheit hat, und die Leistungen im Krankheitsfall je nach Einkommen und damit Beitragsleistung variieren können, hat bei einer Sozialversicherung jede/r Berufstätige bzw. seine/ihre Angehörigen das Recht auf Versicherung und Versicherungsleistungen.

Das Recht auf Leistungen und deren Höhe (Pensionen, Arbeitslosen-, Krankengeld usw.) ist von einigen Faktoren abhängig. Erstens von einer regelmäßigen (Erwerbs-)arbeit. Zweitens von der Erfüllung von Wartezeiten, d.h. Anspruch auf Lei-

stungen besteht erst nach einer gewissen Dauer der Erwerbsarbeit (6 Monate). Manche Leistungen (z.B. Arbeitslosengeld und Pension) sind auch von der Höhe des Arbeitseinkommens abhängig, andere (wie z.B. viele Leistungen der Krankenversicherung) sind davon unabhän-

Die Leistungen sind daher in der Regel umso höher, je höher das Arbeitseinkommen und je länger die Versicherungsdauer ist. NiedriglohnbezieherInnen und Menschen, die häufiger Arbeitslosigkeit ausgesetzt sind, werden dadurch im Sozialversicherungssystem benachteiligt.

### Pensionsversicherung

Trotz dieser Bindung von sozialer Absicherung an die Erwerbstätigkeit wird durch die Mitversicherung von Familienangehörigen und Leistungsbeziehern der Sozialversicherung (Arbeitslose,...) de facto die gesamte Bevölkerung abgedeckt. So stieg in der Krankenversicherung der versicherte Personenkreis von 66% (1946) auf 96% (1980).

Die Pensions höhe errechnet sich gegenwärtig aus dem Durchschnittswert der 15 besten Versicherungsjahre. Dadurch ist sie umso höher, je höher das Erwerbseinkommen gewesen ist. Dazu gibt es in einem gewissen Umfang als Ergänzung eine Mindestversorgung durch die "Ausgleichszulage". Liegt die Pension (plus anderer Einkommen) unter einem bestimmten Betrag, dann wird in Höhe der Differenz die gewährt. Allerdings

wird z.B. bei Ehepaaren das gesamte Nettoeinkommen des Ehepaares angerechnet. Der Richtsatz für Alleinstehende betrug 1996 7.878 öS, für Ehepaare 11.253 öS. Trotz der Anrechnungsregelung bezogen Ende 1994 280.000 Personen oder 15,5 % der PensionistInnen die Ausgleichszulage, von diesen waren rund 72 % Frauen.



Ausgleichszulage Wohin führt der Pensions-Weg?

# Frauenbenachteiligung

Frauen werden im jetzigen Pensionssystem insofern benachteiligt, als sie durch Kindererziehungszeiten oft keiner durchgehenden Erwerbstätigkeit nachgehen können und durch die Unterbrechung ihre Löhne und Versicherungszeiten geringer sind. Jede Verlängerung des Durchrechnungszeitraumes, wie jetzt diskutiert von 15 auf 20 Jahre, bringt eine weitere Verschlechterung insbesonders für Frauen und alle, die über keine sicheren Arbeitsplätze verfügen. Gegenwärtig haben 40 % der Frauen über 60 Jahren keinen Anspruch auf eine eigene Pension, was ihre wirtschaftliche Abhängigkeit vom Mann deutlich macht. Aber auch bei den Pensionsneuzugängen sind die Frauenpensionen trotz einer gewissen Anrechnung der Kindererziehungszeiten nur halb so hoch wie jene der Männer.

# Finanzierung der Pensionen

Die Finanzierung der Pensionen erfolgt im ASVG je zur Hälfte durch ArbeitnehmerInnen- und Arbeitgeberbeiträge. Zusätzlich zu diesen Beiträgen werden die Pensionen aus dem Budget durch den sogenannten Bundesbeitrag finanziert, der die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben abdeckt. Bei der Verabschiedung des ASVG 1955 erklärte die Regierung, daß ein Drittel der Kosten der Pensionsversicherung durch den Bund abgedeckt werden solle. Gegenwärtig liegt er bei ca. 25%, also noch weit darunter!

Das Verhältnis zwischen Pensionsaufwand und Bundesbeitrag zeigt, wie stark die Pensionen "subventioniert" werden, und dieses Verhältnis ist bei Bauern und Selbständigen eklatant höher als bei ArbeiterInnen und Angestellten.

1992 betrug der Anteil des Bundesbeitrages am Pensionsaufwand bei - den Unselbständigen (ohne Beamte) 24,8 von 162,9 Mrd. (= 15,2 %) den Gewerbetreibenden 12,1 von 16,2 Mrd öS (= 74,7 %)

den Bauern 10,4 von 12,3 Mrd. öS (= 84.6%)

Unterstellt man bei den Beamten eine der Privatwirtschaft analoge Regelung, wo ja die Unternehmer die Hälfte der Beiträge entrichten, so liegt die Beitragsfinanzierung der Beamten bei 60%.

# Recht, nicht Almose!

In der derzeitig laufenden öffentlichen Diskussion wird die Pension mehr oder weniger als Almosen dargestellt. Für uns ist die Pension der "Lohn" für die Lebensarbeit. Wobei wir unter Arbeit nicht nur Erwerbsarbeit, sondern jede zielgerichtete, gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit verstehen. Jene Menschen, denen das Recht auf Erwerbsarbeit teilweise oder ganz verwehrt blieb, sollen nicht gegenüber jenen benachteiligt werden, die den größten Teil ihres Lebens einen sicheren Arbeitsplatz hatten. Ein sinnvolles Pensionssystem muß daher zwei Grundvoraussetzungen erfüllen:

erstens: der/die PensionistIn soll das bekommen, was er/sie sich (durch die Beitragszahlungen) erarbeitet hat.

zweitens muß eine menschenwürdige Grundsicherung in der Höhe des Mindestlohns für AlterspensionistInnen gewährleistet werden

\* Kindererziehungszeiten sollen voll als Beitragszeiten anerkannt werden. als Bemessungsgrundlage soll nicht ÖS 6.500, sondern ÖS 13.000 Mindestlohn herangezogen werden.

# Entstehung des Systems der sozialen Sicherheit

# Wie alles begann...

Die Sozialversicherung -also Arbeitslosen-, Unfall-, Krankenund Pensionsversicherung - wurde wegen der Industrialisierung für die Lohnabhängigen notwendig. Vorher gab es keine ausge-prägte und prinzipielle Trennung zwischen Haushalt und Produktion - die Familie mußte sich um die Kranken und Alten küm-

Die Entwicklung der kapitalisti- ten die Herrschenden der ArbeiterInschen Gesellschaft trennte durch die Entstehung der Industrie nicht nur die Produktion vom Haushalt, sondern auch den Produzenten von den Produktionsmitteln. Auf der einen Seite standen die Kapitalisten, die Besitzer der Produktionsmittel, auf der anderen die ArbeiterInnen, die nur ihre Arbeitskraft verkaufen können und deren Existenz daran gebunden ist.

Das Elend der ArbeiterInnen spitzte sich bis zur Existenzbedrohung zu, wenn infolge von Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit oder Alter das Lohneinkommen wegfiel. Hinzu kommt, daß es im Frühkapitalismus auch keine ArbeitnehmerInnenschutzbestimmungen gab - d.h. die Arbeitsbedingungen waren extrem gesundheitsschädlich, und der gesundheitliche Zustand der Bevölkerung verschlechterte sich mit der Entwicklung der Industrie.

In die Zeit der Einführung von Sozialpolitik fällt auch die Herausbildung der ArbeiterInnenbewegung. Durch die Einführung erster sozialpolitischer Maßnahmen, Unfall- und Krankenversicherung für unmittelbar an Maschinen Arbeitende, wollnenbewegung den Wind aus den Segeln nehmen, was aber nicht gelang. Aufgrund dieser Intention spricht man von repressiver, staatsautoritärer Sozialpolitik, die die Einführung sozialpolitischer Maßnahmen mit gleichzeitiger politischer Unterdrückung von ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaften verband.

Die Sozialversicherung und Sozialpolitik fanden in den revolutionären Jahren 1918 bis 1920, als Europa unter dem Eindruck der russischen Revolution stand und die Sozialdemokratie in Regierungen war, eine große Ausdehnung und Wandlung: ArbeiterInnenschutzbestimmungen, 8-Stundentag, Urlaub, kollektive Arbeitsverträge, allgemeine Arbeitslosenversicherung. Die drohende Revolution bewegte die Bürgerlichen nun zu vielen Zugeständnissen an die ArbeiterInnenklasse, die für sie davor jahrelang indiskutabel waren.

Der Anteil der Versicherten an den unselbständig Erwerbstätigen stieg von 7 % (1890) auf 60 % (1930). Die Sozialpolitik wurde durch die Sozialdemokratie vorangetrieben. Dies stellt einen Fortschritt gegenüber der in der Monarchie praktizierten "So-



Jahrzehntelange Kämpfe

zialpolitik von oben" dar, allerdings wurde damit auch versucht, die revolutionäre Bewegung 1918 -21 zu ersticken.

Die Wirtschaftskrise in den 30er Jahren, Austro- und Nazifaschismus brachten neben der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung auch große sozialpolitische Rückschläge. Erst in den 50er Jahren wurde der österreichische Sozialstaat wieder weiterentwickelt. Diese Tendenz dauerte dann im großen Nachkriegsaufschwung bis in die 70er Jahre an und führte dazu, daß heute nahezu alle Bevölkerungs- und Berufsgruppen, auch die selbständig Erwerbstätigenin das Sozialversicherungssystem eingebunden sind. Seit Einsetzen der Wirtschaftskrise in den 70er Jahren und vor allem seit ihrer Verstärkung in den 80er und 90er Jahren ist der Sozialstaat allerdings wieder massiv in Frage gestellt worden und wird an allen Ecken und Enden beschnitten.

# n Grundrecht

Ähnliche Regelungen sollen für Ausbildungszeiten oder ehrenamtliche soziale Tätigkeiten eingesetzt werden, wo diese nicht von gesellschaftlichen Einrichtungen erbracht werden.

### Wer soll denn das bezahlen?

Derzeit wird der Schein erweckt, als ob morgen das Geld für die Pensionen ausgehen würde, während gleichzeitig von Aufschwung geredet wird und die Kapitalisten Milliardengewinne machen. Die Pensionssicherung ist wieder zur Kampffrage für die ArbeiterInnenbewegung geworden. Das heutige Pensionssystem muß in seinen Grundzügen gegen die Angriffe der Bürgerlichen verteidigt werden. Die Pensionen, die von Unternehmern, ArbeitnehmerInnen und dem Budget finanziert werden, müssen eine ausreichende Altersversorgung garantieren. Das bedeutet in erster Linie eine Absage an die 3 bzw. 4 -Säulenmodelle, die die Pensionen aus der Sozialversicherung zurückdrängen und durch betriebliche und private Eigenvorsorge ergänzen bzw. ersetzen wollen.

# Wie sichern?

Zur Sicherung des Pensionssystems ergeben sich folgende Forderungen:

rungen:

Umverteilung: Wir fordern eine weitere Fixierung des Bundesbeitrages zur Pensionsversicherung auf 33,3% und eine Beibehaltung der Ausfallshaftung durch den Staat. Das war 1955 bei der Einführung des ASVG auch so geplant. Dieses Geld soll nicht durch Massensteuern, sondern durch Steuern auf Besitz, Vermögen und Gewinn hereinkommen. Das bedeutet z.B. Wiedereinführung der Vermögenssteuer, echte Besteuerung von Grund und Boden, die sich nach ihrem Marktwert und nicht nach den maßlos überalterten, festgesetzten Einheitswerten richtet, Einführung der "Tobin Tax", d.h. Besteuerung von internationalen Finanztransfers. Der Reichtum dafür ist vorhanden: Laut einer Studie der AK-Wien besitzt 1% der österreichischen Bevölkerung 25% des Vermögens, die 10 reichsten % besitzen

➤ Kampf gegen Arbeitslosigkeit durch radikale Arbeitszeitverkürzung: Daß die Arbeitslosigkeit (und nicht die gestiegene Lebenserwartung) eine Ursache für die Engpässe in der Pensionsversicherung ist, wird großteils verschwiegen bzw. als gegeben hingenommen. Die Gewerkschaften müssen daher um jeden Arbeitsplatz und für eine Arbeitszeitverkürzung auf zunächst 35 Stunden bei vollem Lohe kömefen.

bei vollem Lohn kämpfen.

Rücknahme aller Privatisierungen: Sieht man sich die Gewinne von ÖMV, VA Tech und anderen ehemaligen verstaatlichten Betrieben an, wird deutlich, wie die Privatisierung die derzeitige Krise des Sozial-

systems verstärkt hat. Enorme Geldmengen sind dem Budget entgangen, während ein Großteil der Ex-Beschäftigten in die vorzeitige Alterspension geschickt wurde und als Beitragszahler ausfiel, und dadurch wurde das Pensionssystem extrem belastet. Die Gewinne der privatisierten Unternehmen (Bsp.: OMV) sind Geld, das heute dem Staat entgeht.



Asozialministerin Hostasch

→ Für eine offensive Lohnpolitik: Die niedrigen Abschlüsse der letzten Jahre haben natürlich auch negative Auswirkungen auf die Beiträge gehabt. Seit 1970 stiegen die Nettolöhne nur um 534%, die Kapitalerträge hingegen um 1800%.

→ Kampf gegen Flexibilisierung:
Durch die Flexibilisierung in der
derzeit von den "Sozialpartnern"
vorgesehenen Form werden den Sozialversicherungen jährlich ca. 1,2
Mrd. öS an Beiträgen verlorengehen,
da die auf den Überstunden liegenden Beiträge wegfallen. Stattdessen
fordern wir ein Ende aller geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse,
jede Arbeit soll voll sozialversicherungspflichtig sein und nach Mindestlöhnen bezahlt werden.

○ Nicht Reduzierung, sondern Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber zur Sozialversicherung: Im Zuge des Lehrlingspaketes z.B. wurden die ArbeitnehmerInnenbeiträge reduziert - das geht in die falsche Richtung.

# Wertschöpfungsabgabe (WSA)

Grundsätzlich ist die Idee einer Wertschöpfungsabgabe ein richtiger Ansatz. Da durch den technischen Fortschritt und die Rationalisierungen ein immer größerer Teil der betrieblichen Wertschöpfung durch Kapital (maschinell) und nicht mehr durch Arbeitskräfteeinsatz entsteht, sich die Beiträge zur Sozialversicherung aber nur an den Löhnen bemessen, wird die Beitragsgrundlage tendenziell immer geringer. Durch den Ersatz von Arbeitsplätzen durch Maschinen ersparen es sich die Unternehmer, an der Finanzierung der Sozialversicherung beizutragen. Der Vorschlag der Wertschöpfungsabgabe ist, die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung nicht mehr an der Lohnsumme, sondern an der betrieblichen Wertschöpfung zu mes-

Es war also ursprünglich ein Vorstoß zur Sicherung der Pensionen, wobei durch die vorgesehene Aufkommensneutralität (also an den von den Unternehmern zu zahlenden Beiträgen ändert sich in der Höhe nichts) in der Frage der Lohnnebenkosten den Unternehmern entgegengekommen wäre. Auch die GPA versuchte den Unternehmern die WSAmit einer Entlastung bei den Lohnnebenkosten schmackhaft zu machen. Dadurch wird aber die Logik des Kapitalismus, daß immer weniger Menschen immer mehr arbeiten müssen, während gleichzeitig immer mehr unfreiwillig arbeitslos sind, akzeptiert. Ein Problem der WSA liegt darin, daß dadurch die Lohnsumme an sich für die Gewerkschaften an Bedeutung verlieren würde, was zu einer noch "zurückhaltenderen" Lohnpolitik führen könnte. Für uns ist entscheidend, daß durch die WSA die Unternehmer wieder ernstzunehmende Geldbeträge zur Finanzierung des Sozialsystems beitragen müs-

# Sichere Pensionen?

Die WSA alleine löst die Probleme



"Arbeiterpension wird Wirklichkeit" - wie lange noch?

der Pensionssicherung sicher nicht, aber gemeinsam mit den anderen Forderungen wie Vollbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung, offensive Lohnpolitik und v.a. radikale Umverteilung kann sie ein Beitrag zur Sicherung der Pensionen sein.

Maderthaner, Stummvoll, Haider & Co wollen den gegenteiligen Weg gehen. Unter dem Vorwand der Eigenverantwortung einerseits und der Unfinanzierbarkeit andererseits wollen sie die Zerschlagung des bisherigen Sozialstaates und damit auch des bisherigen Pensionssystems.

Für ihr Klientel - für die Kapitalisten und die Reichen - geht es darum, ihren Beitrag zum Sozialsystem weiter zu reduzieren, um ihre Profite zu stabilisieren und auszubauen. Der momentane Trend - Zerschlagung des Sozialstaates und das Herausdrängen von immer mehr Beschäftigten aus sicheren Jobs - gefährdet vor allem durch die immer größere Schere zwischen arm und reich auch die Altersversorgung, die Pensions"reform" benachteiligt v.a. Frauen und alle Niedriglohnbeziehertungen.

Die Antwort kann sieher nicht heißen, daß die ArbeitnehmerInnen immer höhere Beiträge zahlen, während sich die Kapitalisten (mit hohen Profiten) davonstehlen. Dauerhafte Lösungen können aber nur auf Kosten ihrer Profite gehen - ein Faktum, das ihren erbitterten Widerstand hervorrufen wird und daher nicht durch Bitten, sondern nur durch geeintes Kämpfen erreicht werden kann.

# Umlageverfahren contra Kapitaldeckungsprinzip

# Welches Modell für wen?

Für die Pensionsversicherung werden verschiedene Modelle angeboten, die von verschiedenen politischen Gruppen - je nach ihrer Interessenslage - unterstützt werden.

## Das Umlageverfahren:

Im Rahmen des sogenannten Generationenvertrages werden im in Österreich gültigen "Umlageverfahren" die jeweils laufenden Pensionen von den momentan Erwerbstätigen finanziert, die dadurch wiederum eigene Pensionsansprüche erwerben.

# Das Kapitaldeckelungsprinzip:

Dieses wird von Privatversicherungen angewandt, wobei dazu Pensionsfonds entweder vom jeweiligen Unternehmen für "seine" Beschäftigten errichtet werden oder von eigenen Versicherungsgesellschaften. Die Pensionen werden aus den verzinsten Beiträgen der jeweiligen Versicherten selbst finanziert. Die Versicherten haben dadurch allerdings einerseits das Risiko der Inflation, die ihre Beiträge entwertet, zu tragen. Andererseits ist die Veranlagung großteils spekulativer Natur, niedrige Gewinne oder Verluste verringern die Versicherungsleistungen. In der Praxis dienen die so entstandenen Pensionsfonds häufig dazu, für Unternehmen billiges Kapital bereitzustellen oder auch zu Spekulationszwecken. In den USA und in Japan, wo derartige Pensionsfonds bzw. Sparkassen zusammenbrachen,

mußte der Staat einspringen, um die Pensionen zu retten (das heißt mittels Steuereinnahmen, die wieder zum großen Teil von den ArbeitnehmerInnen bezahlt wurden). Ein Modell also, das eine weitere Umverteilung hin zu den Kapitalisten bringt.

Die gesetzliche Sozialversicherung ist "gesellschaftlich billiger", sie kommt mit einem Verwaltungsaufwand von unter 2% der Beitragseinnahmen aus, während dieser bei Privatversicherungen und Pensionsfonds bei ca. 30% liegt.

# Das 3- bzw. 4-Säulen-Modell:

Das vor allem von FPÖ und Liberalen geforderte 3- bzw. 4-Säulenmodell führt zu einer Verstärkung des Kapitaldeckelungsprinzips. Dieses sieht vor, daß sich die Pensionen künftig aus 3 Elementen zusammensetzen sollen:

- der gesetzlichen Pension aus der Sozialversicherung (natürlich wesentlich niedriger als bisher),
- betrieblichen Zusatzpensionen (mittels firmeneigener Pensionsfonds = ein billiger Kredit für das Unternehmen)
- und der "privaten Eigenvorsorge".
   die FPÖ schlägt als 4. Säule vor, daß auch im Alter noch gearbeitet werden "darf".

Diese Modelle lösen kein einziges Problem der Sicherung der Pensionen, sie machen die Verantwortung der Altersversorgung nur von einer gesellschaflich geregelten Frage zu einem Problem jedes/jeder einzelnen. Argumentiert wird dafür z.B. mit den steigenden Lohnnebenkosten, die u.a. durch die Beiträge zur Pensionsversicherung verursacht werden.

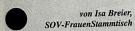
Aber warum sollten die Unternehmer, wenn sie eine Senkung der Lohnnebenkosten anstreben, statt dessen ihren Beschäftigten betriebliche Zusatzpensionen gewähren? Solche Leistungen werden nur gutverdienenden, hoch in der Unternehmenshierarchie tätigen Beschäftigten gewährt. Diese Maßnahme macht daher Pensionen, die es ermöglichen, den Lebensstandard auch nur annähernd zu halten, zu einem Privileg der Besserverdienenden. Dasselbe gilt für die private Eigenvorsorge. Auch diese Option wird und kann in der Regel nur von Gutverdienenden ergriffen werden.

Und: das grundlegende Problem, einen erhöhten Pensionsaufwand zu finanzieren, wird mit diesen Modellen nicht besser gelöst, als mit einer Beitragserhöhung im Rahmen der Sozialversicherung. Daß die Beiträge dann statt an eine an drei verschiedene Versicherungen abgeführt werden, erhöht lediglich den Verwaltungsaufwand und die Unsicherheit über die genaue Höhe der Pension.

Rocht auf Abtreibung verteidigen!

# ie Reaktionäre tanzen

In den letzten Monaten hat sich auch in Österreich die Hetze gegen das Recht auf Abtreibung verschärft. "Pro Life", eine der international größten und reaktionärsten Organisationen in diesem Bereich, veranstaltete zahlreiche Aktionen, um die 1975 in Kraft getretene Fristenregelung abermals in Frage zu stellen.



Gemeinsam mit Mitgliedern von "Jugend fürs Leben" und "Geborene für Ungeborene" standen sie im Rahmen ihrer Abschlußkundgebung am 1. August samt Heiligenbildchen und Plastikembryonen am Stephansplatz und tanzten zu katholischen Weisen glückselig im Kreis gegen Frauenrechte. Zuverlässige Verhütungsmittel lehnen sie genauso kategorisch ab, wie die Entscheidungsfreiheit bezüglich Abtreibung.

Sie kriminalisieren und bedrohen ÄrztInnen, die diese durchführen und entmündigen Frauen, die sie als Gebärmaschinen, deren sexuelles Leben auf die Fortpflanzung ausgerichtet sein sollte, betrachten. Wir -

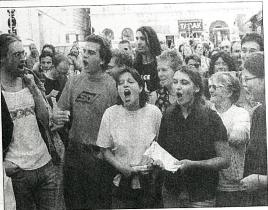
SOVlerInnen, Feministinnen unterschiedlichster Gruppierungen, UFF-Vertreterinnen u.a. - überließen den Heuchlerinnen und Heuchlern nicht allein das Feld - obwohl das Publikum, das auf die Haßtiraden ansprach, ohnehin sehr mager war. Zwangsläufig entwickelten sich also ebenfalls Debatten zwischen uns und den Weltuntergangspredigern.

Da hagelte es von ihrer Seite unfaßbare Sätze wie: "Wenn sich junge Frauen heute einem jeden Dahergelaufenen hingeben, müssen sie halt die Folgen tragen.", "Die Polygamie ist das eigentliche Übel unserer Zeit.", "Pille und Spirale sind Mordinstrumente", "Kreisky (in dessen Ära die Fristenregelung durchgesetzt wurde) ist der schlimmste Verbrecher der gesamten österreichischen

Geschichte." Die letzte Aussage stammt übrigens von einem der berühmtesten "Moraltheologen" dieses Landes, Bischof Laun. Während der solch politische Anschauungen krönenden, im Stephansdom stattfindenden Messe verliehen einige Feministinnen ihrem Zorn lautstark Ausdruck. Sie wurden sowohl von STAPOzisten als auch von fanatischen Abtreibungsgegnern brutalst hinausgezerrt.

### Belästigungen vor Abtreibungsklinik

Tags darauf sangen und beteten die selbsternannten Tugendhaften in der Nähe des Abtreibungsambulatoriums am Fleischmarkt, das durch eine von SOV, SJ, autonomen Frauenorganisationen, Grünen, SPÖ und LIF initiierte Versammlung geschützt wurde. Jenen Ort frequentieren die Abtreibungsgegner, Frauen belästigend, nämlich immer wieder gerne, im Frühling und Sommer 1997 in



SOVlerInnen aktiv gegen die tanzende Reaktion

endlich Schluß sein.

Wichtig ist jetzt vor allem, daß wir uns nicht mit der Verteidigung schon erlangter Gesetze begnügen. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und selbstgewählte Sexualität dürfen nicht nur auf dem Papier existieren. Deshalb fordern wir das Recht jeder Frau auf Abtreibung per

gehäuftem Ausmaß. Damit soll nun Krankenschein. Damit es seltener zu ungewollten Schwangerschaften kommt, ist eine kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln notwendig. Außerdem müssen soziale Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen Frauen die Möglichkeit haben, frei von finanziellen Zwängen darüber zu entscheiden, ob sie ein Kind wollen oder nicht.

In eigener Sache

# **Unser Spendenkonto: PSK 8812.733**

# Wofür wir kämpfen

Nein zu jedem Sozialabbau! Für eine Umverteilungsof-fensive von oben nach unten!

- ☐ Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriel-len und Großgrundbesitzern!
- ☐ Sofortige Einführung eines Mindestlohnes von öS 13.000.- netto. ☐ Kampf der Arbeitslosigkeit durch sofortige Einführung der 35-Stun-
- denwoche bei vollem Lohn. □Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kürzungen im Bildungsbe-
- ☐ Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- ☐ Für einen echten Kampf gegen

der Profitwirtschaft. Nein zu "Öko"-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.

# Nein zur Spaltung von Ar-beitnehmerInnen und Jugendlichen

- ☐ Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- ☐ Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus. Für die volle politische und soziale Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen. Weg mit allen rassisti-schen Gasetzen! Den Kampf dafür

NATO) - gegen die Errichtung eines Berufsheeres - für die Auflö-

- ☐ Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, insbesondere im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.

  Nein zu Privatisierung und Zer-
- schlagung des öffentlichen Sek-tors! Nein zur Wirtschaftsdiktatur der Unternehmer. Für die Verge-sellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle der ArbeitnehmerInnen
- ☐ Nein zum kapitalistischen Chaos das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.

# *™ Abo-Karte*

Die Sozialistische Offensive Vorwärts - SOV ist eine neue revolutionäre und sozialistische Organisation von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen. Die SOV kämpft gegen Sozialabbau und Dritte Republik und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung - für Sozialismus!

Wir haben in mehreren Bundesländern Ortsgruppen die sich wöchentlich treffen und geben außerdem das monatliche Vorwärts heraus.

Das neue Vorwärts gefällt mir, deshalb möchte ich:

☐ Fine Probenummer gratis

Ein Vorwärts-Abo für:

☐ 5 Nummern zu öS 50,- (inkl.Porto) ☐ 10 Nummern zu öS 100,- (inkl.Porto)

Ein *Vorwärts*-Förder-Abo für.

☐ 5 Nummern zu öS 100,- (inkl.Porto)

☐ 10 Nummern zu öS 200,- (inkl. Porto)

□ .. Stück Vorwärts zum Weiterverkaufen (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der SOV und möchte:

☐ zu Veranstaltungen eingeladen werden

☐ Eure Materialliste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)

☐ Mitglied der SOV werden!

sung aller stehenden Einheiten.

Für Sozialismus internatio-

chen EU. Soal auf gleichmokratischer

er Bewegung Grünen. Wir nke OppositiressensvertrenerInnen und Gewerkschaf-Schulen mitdie Gründung Offensive Voritrag sein. iner neuen interInnenbewe-

t nötig. Ledigormen können Veränderung ArbeiterInnen-Jugend müssen t dem kapitaliftssystem und s kämpfen.

DEN!

# TERMINE

OG Wien Süd "Rainbow-Car: Wie weiter?"

10.9 "Liverpooler Dockers" mit Film GewerkschaftsStammtisch
11.9 "Weg mit der Kernstockgasse", Braune Flecken in Wr.Neustadt
(19 Uhr im Cafe Einhorn, Singerg.15) Regionalgruppe NÓ
12.9 UM 19 Uhr IRISH NIGHT MIT VIDEO, 10; Grudrunstr. 133

OG Wien Ost 16.9. "Nein zum Euro - Nein zur FPÖ"

22.9. "Wieder Hetze gegen Abtreibung?" FrauenStammtisch OG Wien Süd "Drill in der Schule - muß das sein"

OG Wien Nord "Die Weltbank - neuer Kolonialismus" "Rassismus und Rechter Sumpf in Wels" (um 15 Uhr)

30.9. "Semperitkrise - 1 Jahr danach"

Regionalgruppe OÖ OG Wien West

# Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung esen, sondern mit uns diskutieren? Komm in eine SOV-Ortsgruppen! Oder ruf uns an: 0222/524 63 10

Ortsgruppe Wien Süd (ab9.9):

jeden Dienstag 19 Uhr 5; Jugendzentrum Grünwaldg.4 Ortsgruppe Wien Mitte: jeden Mittwoch 19 Uhr 7; "Amerlinghaus" Stiftg.8 Ortsgruppe Wien West: jeden Dienstag 19.30 Uhr "Club International" 16; Payerg.14 Ortsgruppe Wien Nord:

jeden Freitag 19.30 Uhr .Cafe Spectrum" 2; Arnezhoferg.8

# Kampffonds aktuell



von Ali Kropi

Ortsgruppe Wien Ost: jeden Dienstag, "Zentrum Erdberg" 3; Lechnerstr.2-4; 19.30 Uhr

GewerkschaftsStammtisch: jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, "Zentrum Erdberg"; 19 Uhr

3: Lechnerstr.2-4 FrauenStammtisch

jeden 2. und 4. Montag im Monat, Zentrum Erdberg"; 19 Uhr 3; Lechnerstr.2-4

Oberösterreich - Wels jeden Samstag 14 Uhr "Haus der internationalen Jugend" Grünbachplatz 5 (Nähe Bahnhof)

Niederösterreich - Wr. Neustadt jeden Donnerstag 19.00 Uhr Bahnhofsrestaurant Wr.Neustadt

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffonds gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzieles aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Ziel Juli bis August: öS 60.000.davon erreicht: 27,4 % Ziel September bis November: 90.000.-

Besonderer Zeitungsverkauf: Ationstag 26.Juli: 32 Zeitungen Übrigens - jetzt Vorwärts abonnie-ren. Denn: Wir schreiben, was andere nicht schreiben dürfen!



Internationales

### Nicaragua

### StudentInnenstreik

Die neoliberale Regierung möchte den in der Verfassung verankerten 6%igen Budgetteil für Bildung kürzen. Nach der Bestätigung im Parlament am 26.6. gab es bis in den August Massendemonstrationen. Trotz des brutalen Vorgehens der Polizei mit Tränengas, Gummi- und scharfen Geschoßen konnten die StudentInnen die Universitäten und am 15.7. den internationalen Flughafen von Managua besetzt halten. ArbeiterInnen der verschiedensten Branchen marschierten mit den StudentInnen gegen die neoliberale Regierungspolitik, gemeinsam verteidigten sie die besetzten Universitäten.

# Streik & Sieg bei UPS

UPS ist ein Speditionskonzern mit Standorten in 200 Ländern. In den USA befördert UPS 80 % der Paketsendungen und hat 302.000 Beschäftigte, 185.000 sind bei Teamsters gewerkschaftlich organisiert. Die Gewerkschaft bei UPS streikte vom 4.-19. August UPS wollte v.a. Aufkündigung des überbetrieblichen Pensionsfonds, mehr Teilzeit-Jobs, Auslagerungen, Erhöhung der Gewichtslimits bei Paketen, Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte. Neben den Teamsters streikten auch alle Piloten, UPS konnte nur mehr 10% auslieferen. Der Sieg der Teamsters: ein neuer KV für 5 Jahre: 10.000 neue Vollzeit-Jobs; Beschränkung der Auslagerungen; Lohnerhöhungen; Verbesserung der Pensionen; Erhaltung des Pensionsfonds, Gewichstlimits bei Paketen und die vollen Gewerkschaftsrechte bleiben erhalten. Der nächste Tarifkonflikt bei UPS: Die Gewerkschaft der 2.000 Piloten verhandelt seit 1995 für einen neuen KV. Im September kann es zum nächsten Streik bei UPS kommen - es wären 201 Flugzeuge davon betroffen. Die Teamsters haben angekündigt, den Streik der Piloten zu unterstützen.

# Busarbeiterstreik

Im indischen Bundesstaat Karnataka spitzt sich der Arbeitskampf gegen die Privatisierungs- und Kürzungspläne der Regierung zu. Weiters sollte die 70.000 Mitglieder starke Gewerkschaft in 4 kleine und schwächere Gewerkschaften gespalten werden. Darauf antworteten Arbeiter und Gewerkschaft mit Massenstreiks. Während einer 14-tägigen Solidaritätstour durch das Land wurden die Anführer, unter ihnen auch der Gewerkschaftsgeneralsekretär, von der Polizei verhaftet. Mit diesen Maßnahmen wird versucht, den Widerstand der kämpfenden Arbeiter zu brechen, die auf die neuerlichen Angriffe mit einem unbefristeten Streik geantwortet haben.

Kuba

# Revolution oder Dollars

Kuba, jene kleine Insel knapp vor der Küste von Miami, ist einzigartig in Lateinamerika. Obwohl immer noch ein "3. Welt-Land" gibt es ein vorbildliches Gesundheits- und Bildungswesen, von dem so mancher - europäische - Staat etwas lernen könnte. Die Errungenschaften der Revolution von 1959 sind allgegenwärtig in Kuba - aber heute, 7 Jahre nach dem Zusammenbruch des Stalinismus, sind eben diese sozialen Errungenschaften in Gefahr.



von Pablo Hörtner und Sonja Grusch, SOV-Wien

Nach 1989 brach auch die kubanische Wirtschaft fast vollständig zusammen, da über 80 % des Handels mit dem "Ostblock" abgelaufen war. Kuba war plötzlich gezwungen, seine vor allem auf dem Export von Zucker basierende Wirtschaft auf den kapitalistischen Weltmarkt umzuorientieren. Eine weitere Ursache für die tiefe Krise der kubanischen Wirtschaft (der Lebensstandard ist heute immer noch unter dem Niveau von 1989) ist das Embargo der USA, das durch das Helms-Burton-Gesetz noch verschärft wurde. Dadurch werden die Möglichkeiten für den Verkauf kubanischer Waren auf dem Weltmarkt drastisch eingeschränkt.

### Spezialperiode in Friedenszeiten

Fidel Castro, nach wie vor der "Chef" (comandante en jefe), rief die "Spezialperiode in Friedenszeiten" aus und läutete eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen ein, die Kuba für ausländisches Kapital öffneten. Seit den 80er Jahren gibt es Bauernmärkte, auf denen (seit einigen Jahren gegen Dollar) die Bauern einen Teil ihre Produkte verkaufen können, außerdem steigt der Anteil der Privatbauern wieder. 1997 werden nur mehr 33 % der Agrarproduktion auf Staatsland produziert.

Wie Pilze aus dem Boden sprießen Joint Ventures mit ausländischen Kapitalisten, die inzwischen bereits bis zu 100 % halten können, den gesamten Gewinn ins Ausland transferieren dürfen und keine Steuern zahlen mijssen. Ein immer wichtigerer Teil der Wirtschaft ist der Tourismus. Drastische Auswirkungen hat die Legalisierung des Dollarbesitzes. Das Durchschnittseinkommen eines normalen Arbeiters liegt bei etwa 200 Pesos (17 Dollar), wer Zugang zu Dollars hat, verdient allerdings wesentlich mehr. Kuba sieht sich heute einer immer stärker auseinanderdriftenden Einkommensschere gegenüber. Der/Die durchschnittliche KubanerIn kann von seinen/ ihren 200 Pesos und den Lebensmitteln auf Bezugsscheine nicht mehr überleben. Aber "irgendwie geht es dann doch" man hat Verwandte im Ausland oder in der Dollarwirtschaft oder verkauft irgend etwas privates.

## Wer profitiert davon?

Die großen Gewinner der ökonomischen Entwicklung sind die ausländischen Konzerne. Sie können von den billigen aber doch hervorragend ausgebildeten kubanischen Arbeitskräften profitieren, ohne dafür Steuern/ Abgaben zu bezahlen. Aber auch in Kuba selbst gibt es eine Schicht in der Ver-

waltung iener Bereiche der Wirtschaft, die Zugang zu Dollars haben, die zu den Gewinnern gehört. Vor allem der Militärapparat hat großen Einfluß auf die Wirtschaft und häuft sich mittels der Bauernmärkte und Gefängnisse (die für den Export produzieren) enorme Dollarvermögen an.

### Wie die Revolution retten?

Die Errungenschaften der kubanischen Revolution sind heute in ernster Gefahr. Die Öffnung der kubanischen Wirtschaft für ausländisches Kapital und das Zulassen kapitalistischer Mechanismen innerhalb Kubas bringen nicht nur die massive soziale Ungleichheit, sondern auch kapitalistische Begleiterscheinung wie Arbeitslosigkeit aber auch Kriminalität und Prostitution wieder in größerem Umfang zurück. Auch wenn heute noch immer der größte Teil der Wirtschaft verstaatlicht ist, so erbringt der private/ausländische Sektor der Wirtschaft einen immer größeren Teil der Wirtschaftsleistung. Kuba entwickelt sich Richtung Kapitalismus - es ist kein abgeschlossener Prozeß, aber die Tendenz ist offensichtlich. Deutlich wird die Verwirrung vieler KubanerInnen über die momentane Situation im Wunsch "ein sozialistisches Gesellschaftssystem und für die Wirtschaft Kapitalismus". Darauf könnten sich Kräfte innerhalb Kubas. die eine Restauration des Kapitalismus wollen, stützen. Daß eine solche Kombination nicht möglich ist, verschweigt das Regime und gibt vor, den momentanen Prozeß kontrollieren zu können.

Kuba ist zweifellos in einer äußerst schwierigen Situation - eine kleine Insel umgeben von gierigen kapitalisti-



Fidel Castro - allgegenwärtig

schen Staaten. Aber die Bündnispartner können weder die kapitalistischen Staaten noch internationale Organisationen wie IWF und Weltbank sein. Nur die lateinamerikansiche ArbeiterInnenklasse kann diese Rolle spielen. Nur eingebettet in eine revolutionäre Entwicklung auf dem gesamten Kontinent können die Errungenschaften der Revolution in Kuba gerettet werden.

Doch auch in Kuba selbst muß sich einiges ändern. Weder die bürokratishe Elite, noch die neuenstehende (pro-)kapitalistische Schicht können die Errungenschaften der Revolution wirklich verteidigen. Notwendiger den ie sind heute volle demokratische Rechte für die ArbeiterInnenklasse und v.a. die tatsächliche Kontrolle der ArbeiterInnenklasse über politische und wirtschaftliche Belange. Eine schwierige Aufgabe zweifellos, aber "seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche!" (Che Guevara)

VERANSTALTUNG: "KUBA - WAS BRINGT DIE ZUKUNFT?" MITTWOCH: 24.9.

um 19 Uhr. Wien 7; Amerlinghaus

Ein kurzer historischer Rückblick

# **Permanente Revolution in Kuba**

Kubas Geschichte ist geprägt von Abhängigkeit: 1492 von Columbus "entdeckt", 1511 von den Spaniern, 1762 von den Briten erobert, 1763 gegen Florida an Spanien, 1898 an die USA abgetreten. Obwohl seit Ende des 19. Jahrhunderts formal unabhängig, diktierte die USA bis 1959 Regierungen und Wirtschaft. Kuba wurde zum Bordell der USA, zum Casino- und Mafiastützpunkt. Nach 1959 geriet Kuba bald in die Abhängigkeit der Sowjetunion.

Castro und die Guerillieros kämpften nicht mit dem Ziel einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung, ihr Ziel waren bürgerliche Freiheiten und vor allem die nationale Befreiung Kubas. Der Sturm auf die Moncada-Kaserne am 26.Juli 1953 (ebenfalls von Castro angeführt) war von der Sozialistischen Volkspartei/PSP (der damaligen KP die heutige KP setzt sich aus der Bewegung 26. Juli, der Studentenbewegung und der PSP zusammen) noch als bürgerlicher Putsch bezeichnet wor-

Nach der Machtübernahme durch Castro und die Bewegung 26. Juli wurde durch die "Behörde zur Rückgewinnung unterschlagenen Eigentums" 2000 Firmen verstaatlicht. Mittels Verordnung wurden die Pachten um 30-50 % reduziert. All das hatte während der 60er Jahre die Flucht der kubanischen Bourgeoisie zur Folge. Als Grundbesitz ab einer Größe von mehr als 9,99

Hektar enteignet wurde, tobte auch die USA (immerhin gehörten 40 % der be-. sten Zuckerböden amerikanischen Gesellschaften). Zum endgültigen Bruch kam es 1960, als die USA zuerst die Quote für den Zuckerimport senkte und die US-Raffinerien sich weigerten, Öl aus der UdSSR zu raffinerieren. Kuba reagierte mit der Enteignung der Raffineriern und in weiterer Folge von Großbetriebe.

# Die permanente Revolution

Relativ rasch sprengte die Revolution ihren bürgerlich-demokratischen Rahmen und nahm klar antikapitalistische Züge an. Die Arbeiter-Innenklasse unterstützte die Guerillia in der Sierra Madre mit einer Reihe von Streiks. Fidel Castro sagte: "Der Generalstreik (in der ersten Woche 1959, Anm.) war ein entscheidender Faktor für den völligen Sieg." Ein Prozeß der - nicht bewußt

und von den Stalinisten nicht gewünscht und daher verzerrt - entsprechend den Grundzügen der "Theorie der permanenten Revolution" von Trotzki verlief. Die Revolution war weiter gegangen als geplant, ihre anfänglichen Ziele - nationale Befreiung und demokratische Rechte - konnten im Rahmen eines kapitalistischen Kubas nicht erreicht werden, sondern nur durch den Sturz des Kapitalismus. Die Grundlage dafür, daß bürgerliche Revolutionäre eine antikapitalistische Revolution durchführen konnten war einerseits die Tatsache, daß sie sich auf die Sowjetunion als mächtiger Gegenpart zum US-Imperialismus und andererseits auf die Unterstützung der Masse der ArbeiterInnen und Bauern stützen konnte

# Die Rolle der UdSSR

Da die UdSSR sich bereit erklärte, den kubanischen Zucker zu Bestpreisen zu übernehmen, und durch die im Laufe der Revolution zunehmende Unmöglichkeit, mit Bürgerlichen und bürgerlichen Staaten zu kooperieren, wuchs die Anbindung an die Sowjetunion - wirtschaftlich, aber auch politisch. Zwischen Che Guevara und Fidel



Die Bewegung 26.Juli

Castro kam es zum Bruch über die Frage der weiteren Orientierung Kubas. Che setzte auf eine eigenständigere Entwicklung und den Aufbau einer Industrie, Fidel folgte der Linie der sowjetischen Berater und der PSP/KP. Heute wird Che in Kuba einzig als jugendlicher Held und Märtyrer der Revolution dargestellt. Seine politischen und wirtschaftlichen Ideen (immerhin war er Industrieminister und Vorsitzender der Nationalbank) und seine Ablehnung der Bürokratie in der Sowjetunion und der Bürokratisierung in Kuba werden verschwiegen.

# Sozialistisch \* Antifaschistisch \* International

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 76

Innenminister widerspricht der Caritas

ichtlingsh

# Kecht

Fassungslos - so saßen wir (die das Glück hatten, in der Schule etwas über die NS-Zeit zu erfahren) vor den Schulbüchern. Wie konnten die Menschen, die Politiker, die Behörden das zulassen? Wie konnten die Nazis so stark werden? Die jüngsten Ereignisse scheinen diese Fragen zu beantworten. Geschichte wird gemacht. Jetzt. Nach den Brandanschlägen auf AusländerInnenheime in Deutschland, wo mehrere Menschen starben, den Briefbombenattentaten mit Schwerstverletzten und dem Anschlag auf die Roma von Oberwart mit 4 Toten, gab es eine Serie von rechtsradi kalen Brandanschlägen auf AusländerInnenheime und -wohnungen, die aber kaum an die Öffentlichkeit gelangten.

von Andrea Koch. SOV-Wien Ost

Die Polizei tappt bei all diesen Anschlägen im Dunkeln - obwohl die Täter sich üblicherweise mit Hakenkreuzschmierereien, "RAUS"-Parolen und Bekennerschreiben eindeutig als Rechtsradikale ausweisen. wird versucht, zu verniedlichen oder von der Neonazi-Szene abzulenken. Immer

Gegen Linke wird ermittelt

wieder werden

sogar die Opfer

selbst verdächtigt.

In der anderen Richtung ist man weit weniger zimperlich. C. Einem wäre auf seiner lächerlichen "Tatblatt"-Spende fast ausgerutscht. Ge-

gen den linken Journalist und bekannten Rechtsextremismus-Exper- Staat gegen AusländerInnen ten Wolfgang Purtscheller gibt es einen internationalen Haftbefehl, Öffentliche Entrüstung herrscht über

Ulrichsberg, einem bekannten Nazi-Treffpunkt. Beschädigt wurden Gedenktafeln wie jene der Kameradschaft IV der Waffen-SS, die ohnehin längst entfernt gehört hätten. Andererseits ist der Welser SP-Bürgermeister Bregartner trotz der berühmtberüchtigten "braunen Flecken"

den "Vandalenakt" vom

weiter in Amt und Würden und sponsert munter weiter den rechtsex-

"Einmal muß Schluß sein", ließ Innenminister Schlögl via "Kronen Zeitung" verlauten und meinte nicht etwa die immer stärkeren rechten Umtriebe, sondern die Bosnien-Flüchtlinge. Sie sollen nun etappenweise "heimgeschickt" werden - in Ungewißheit und bittere Armut.

So will die Regierung die AusländerInnenfeindlichkeit "bekämpfen": Sie bekämpft die AusländerInnen! Das Ziel dieser Politik: von bestehenden sozialen Probleme, wie z.B. Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot soll abgelenkt werden. Die Ursache dieser Politik ist nicht zuletzt die Angst vor den Freiheitlichen - doch gerade durch eine solche Politik be-

weitverbreitete Blindheit auf dem rechten Auge hat durchaus logische Gründe. Die Rechte ist gerade in der Polizei sehr stark, was sich an den Wahlerfolgen der AUF (FPÖ-Gewerkschaftsgruppe) messen läßt. Das könnte eine gewisse Einäugigkeit bei den Ermittlungen erklären. Die politischen Parteien - ausgenommen die Grijnen - sind nicht zuletzt wegen der braunen Flecken in den eigenen Reihen wenig sensibel gegenüber Rechtsextremismus. Für Behörden und Politik ist eine wachsende rechtsradikale Szene aber auch unangenehm, weil schwer kontrollierbar.

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf!

bekämpft zu werden. Daher wird verniedlicht und vertuscht.

Auch für Otto Normalverbraucher ist das Leben einfacher, wenn es keinen Rechtsradikalismus gibt: Die AusländerInnen sind ohnehin selbst schuld, die Regierung wird uns schon lenken (indem sie Ausländer-Innen "heim-"schickt) und man kann sich beruhigt vor dem Fernseher zurücklehnen. Das ist wesentlich bequemer, als sich aktiv am Kampf gegen den Faschismus zu beteiligen.

All diese Fehler wurden bereits einmal gemacht. Es war der ideale Nährboden für die Faschisten, die so immer stärker wurden. Und heute sind sie die Basis für die stärkste rechtsextreme Partei Europas - die FPÖ. Geschichte wird gemacht. Jetzt! Greifen wir ein!

# kommt Jörg Haider erst Rücken-Die Lösung: Was es nicht gibt, braucht auch nicht erklärt oder gar Keine Gewerbeberechtigung für blanken Rassismus

Purer Rassismus im 12. Bezirk in Wien. Seit 1.1.97 verwehrt der Autoverleih "Rainbow-Car" bestimmten Nicht-ÖsterreicherIn-nen per Aushang den Zutritt zum Firmengelände.

von Karin Wottawa, SOV Wien Mitte

Wie im Juli bekannt wurde, hat der Inhaber des Autoverleihs Rainbow-Car, Herbert Car, eine äußerst obskure Vorstellung darü-ber, wer sein Geschäft betreten darf und wer nicht. Unter Berufung auf "deutsche Gesetzmäßig-keit" (bezieht er sich hier auf jene or oder nach 1945?) heißt es auf

einem Aushang., daß Menschen stimmter Nationalitäten der Zutritt auf das Betriebsgelände nicht gestattet ist (konkret: Türlei, Ägypten, Saudi Arabien, Irak, Marokko, Tunesien, Algerien, Afrika, CSFR (!), Rumänien, Bulgarien sowie sämtliche jugoslawischen Staaten (!) und alle russischen ehemaligen und jetzigen Teilrepubliken - die Bezeichnungen stammen von der Firma). Weiters

ist zu lesen, daß eben jenen "weder etwas verkauft, vermietet oder ähnlich gelagerte Dienstleistungen erbracht werden". Wer sich dem nicht beugt, dem wird gedroht, daß "Zuwiderhandelnde mit Konsequenzen rechnen müssen, angepaßt an die Natur des Widerstandes, von bissigen Hunden bis hin zur Schußwaffe". Darüber hinaus "bittet" dann der Verfasser auf diesem Aushang noch unter dem Deckmäntelchen seines freien Willens und der Freiheit der Meinungsäußerung seine - rassistische - Kundmachung zu respektieren.

Mag sein, daß sich ein Unternehmer aussuchen kann, an wen er etwas verkauft. Das heißt noch lange nicht, daß wir derartige Rasissten akzeptieren müssen. Daher haben Jugend gegen Rassismus in Europa (JRE) und die SOV eine Kampagne mit dem Ziel gestartet, daß der Inhaber der Firma die Gewerbeberechtigung verliert. Das würde zwar nichts an seiner Einstellung ändern, aber er hätte dann wenigstens keine Möglichkeit mehr, uns damit zu belästigen. Die Auftaktkundgebung - ein großer Erfolg fand am 2. August statt und stieß auf positives Echo in der Bevölkerung. Wir verteilten vor dem Betriebsgelände Flugblätter und sammelten Unterschriften unter Passanten und Anrainern für den Entzug der Gewerbeberchtigung. Ein erster Erfolg der Kampagne zeigt sich an den Reaktionen von Medien und Politik. NEWS berichtete, daß der Entzug der Gewerbeberechtigung überlegt wird. Und der Inhaber der Firma bekam Angst: Er droht uns via seines Anwaltes mit Besitzstörungs- und Ehrenbe-leidigungsklagen. Nun Herr Car wir sind bereit!

Gib Nazis keine Chance - Jetzt aktiv werden! 01-524 63 10